

»Wir haben keine Zauberformel«

INTERVIEW Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn über die Rolle der Europäischen Union im Nahostkonflikt

Herr Asselborn, Israel hat Frieden mit den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain geschlossen, bald sollen der Sudan und andere arabische Länder folgen. Ist das ein Durchbruch?

Die Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und den arabischen Ländern in der Region ist zu begrüßen. Für die Menschen dort haben diese Abkommen sehr positive Auswirkungen. Außerdem ist zu hoffen, dass die angekündigte Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und dem Sudan eine positive Auswirkung auf die Stabilität in der Region des Horns von Afrika hat.

Sie haben den Emiraten vorgeworfen, ihre »palästinensischen Brüder« im Stich zu lassen. Freuen Sie sich denn nicht über die Entwicklung?

Für die Palästinenser im Westjordanland, in Gaza und in den Flüchtlingslagern der Region hat sich ja nichts verändert. Sie sitzen weiter fest, unter unwürdigen Lebensbedingungen, und sie sehen keinen Ausweg. Daher sehe ich diese »Abraham-Abkommen« eher als einen Versuch von Herrn Trump und dessen Schwiegersohn Jared Kushner, aus der Sackgasse, in die sie sich selbst hineinmanövriert haben, wieder herauszukommen.

Also kein echter Fortschritt?

Ich wünsche mir, dass diese Schritte der arabischen Staaten mittelfristig einer Zweistaatenlösung dienlich sind. Und ich hoffe, dass so die Annexionspläne Israels im Westjordanland auch aus der Sicht von Herrn Netanjahu definitiv vom Tisch kommen und nicht nur aufgeschoben sind. Solange Israel weiter Tausende Siedlungen baut und palästinensische Häuser und Schulen zerstört, bleibt der Friedensprozess blockiert.

Einige behaupten, die EU sei, was den Nahost-Prozess angeht, irrelevant – im Gegensatz zu den USA. Stimmt das?

Angesichts des Holocaust haben wir Europa eine besondere historische Verantwortung gegenüber Israel sowie Palästina. Wir sind Freunde beider Seiten, und unter Freunden muss man offen miteinander reden können, besonders wenn es um den Respekt vor dem Völkerrecht geht. Aktuell ist der Nahost-Friedensprozess blockiert. Im jetzigen Kontext kann die EU trotzdem, so gut es geht, als »ehrliche Vermittlerin« agieren, was man ja von den USA momentan nicht sagen kann. Wir können die Aussöhnung der Palästinenser unterstützen, die Organisation von Wahlen in den Palästinensergebieten. Das würde der Demokratie in Palästina guttun.

Welcher Demokratie? Seit 2006 hat es dort keine Parlamentswahlen gegeben.

Es gibt Grund zum Optimismus, dass es in den nächsten Monaten zu Wahlen kommen könnte. Der politische Wille der Palästinenser ist hier an erster Stelle gefordert. Allerdings muss dazu auch die israelische Regierung ihren Beitrag leisten. Wie beim letzten



Seit 2004 im Amt: Jean Asselborn ist dienstältester Außenminister der Europäischen Union.

Mal muss Israel auch diesmal den 340.000 Palästinensern Ost-Jerusalems, der zukünftigen Hauptstadt Palästinas, die Stimmabgabe ermöglichen.

Was kann die EU sonst noch tun?

Wir können Israel klarmachen, dass die Siedlungspolitik illegal und nicht mit demokratischen Grundwerten vereinbar ist. Auch können wir den Dialog mit den Ländern in der Region fördern. Man darf nicht vergessen, dass ohne die Finanzhilfen aus Europa das UN-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge zusammengebrochen wäre, als die USA die Unterstützung einstellten, um mit humanitärer Politik Druck auf die Palästinenser auszuüben. Und ich denke, wir können weiterhin die friedensstiftende Arbeit der NGOs vor Ort unterstützen.

Die EU unterstützt finanziell Gruppen, die palästinensischen Terrororganisationen nahestehen, sowie Schulbücher, in denen der Hass auf Israel propagiert wird. Ist das Sinn und Zweck der Übung?

Ihre Frage stellt etwas als Fakt dar, was nicht erwiesen ist. Es handelt sich hier um Vorwürfe, die die EU zurzeit anhand einer unabhängigen Untersuchung prüft. Falls

Verfehlungen festgestellt werden sollten, bin ich mir sicher, dass Abhilfe geschaffen wird. Auf jeden Fall sollten derartige Vorwürfe nicht dazu missbraucht werden, die gesamte Arbeit palästinensischer NGOs zu diskreditieren oder ihre Unterstützung durch die EU generell infrage zu stellen.

Sollten Ihrer Ansicht nach auch Terrorgruppen wie die Hamas Gesprächspartner der EU werden?

Es führt kein Weg an direkten Verhandlungen zwischen Israelis und den Palästinensern vorbei, wenn man den Konflikt lösen will. Wir haben keine Zauberformel, aber die EU wird sich weiterhin bemühen, um die Wiederaufnahme der Gespräche zu fördern. Mit der Hamas gibt es eine Kontakt-sperre auf EU-Ebene. Dies könnte revidiert werden, falls die Hamas sich weg von der Gewalt und hin zur Aussöhnung und Anerkennung des Existenzrechts Israels bewegt.

In Europa ist Israel für viele der Buhmann im Nahen Osten. Einige Kritiker fordern sogar Sanktionen. Was entgegnen Sie?

Man sollte Kritiker der illegalen Siedlungspolitik nicht pauschal als Israelkritiker abstempeln. Laut Völkerrecht sind israelische

Siedlungen in besetzten Palästinensergebieten nun einmal illegal. Dies muss klar kommuniziert werden.

In den Gremien der Vereinten Nationen wird ständig nur über die israelische Besetzung diskutiert. Sollte die EU hier nicht auf mehr Ausgewogenheit drängen?

Es liegt in der Natur des UN-Systems, dass alle Mitgliedstaaten ein bestimmtes Thema zur Sprache bringen können. Die israelische Besetzung dauert seit 1967 an. Die Tatsache, dass das Thema innerhalb der Vereinten Nationen weiterhin viel diskutiert wird, zeigt, dass es nichts an seiner politischen und emotionalen Brisanz verloren hat. Nelson Mandela brachte es einmal so auf den Punkt: »Wir wissen nur allzu genau, dass unsere Freiheit ohne die Freiheit der Palästinenser unvollständig ist.«

Aber warum dieser permanente Fokus auf die Palästinenser?

Der Nahostkonflikt ist ja nicht der einzige, der bei der UNO thematisiert wird. Die Tagesordnung des Sicherheitsrats macht das deutlich. Auch die Palästinenser haben das Recht auf einen eigenen Staat, das muss im Fokus der Vereinten Nationen bleiben.

Sie haben vor einiger Zeit die Besetzung des Westjordanlandes durch Israel mit der der Krim durch Russland verglichen und ein ähnliches Handeln durch die EU gefordert. Bleiben Sie bei dieser Aussage?

Mit Verlaub, ich habe nicht die Besetzung des Westjordanlandes mit der Krim verglichen, sondern die von der israelischen Regierung angekündigte Annexion von Teilen des Gebiets. Eine territoriale Annexion ist eine schwerwiegende Verletzung des Völkerrechts – egal, wo sie stattfindet. Sie verstößt gegen die fundamentalen Regeln der multilateralen Weltordnung, deren Förderung und Verteidigung zum Kerngeschäft der EU gehört. Daher können wir Annexionen aus Prinzip nicht akzeptieren. Es geht da um die Glaubwürdigkeit der EU.

Die Führung des Iran ruft regelmäßig zur Vernichtung Israels auf. Aus Brüssel kommt nur selten eine Verurteilung. Warum?

Wenn Teheran zu Gewalt gegen Israel aufruft, dann quittiert die EU das nicht mit Stillschweigen, sondern meldet sich in aller Klarheit zu Wort. Zum Beispiel haben wir im Mai als EU auf inakzeptable Äußerungen des Obersten Führers des Iran, Ayatollah Ali Khamenei, reagiert und seine Drohungen gegenüber Israel scharf verurteilt.

Das Nuklearabkommen mit dem Iran hat dieses Problem aber nicht gelöst.

Da ging es darum zu verhindern, dass der Iran eine Atombombe entwickelt – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Ist dieser Deal nach dem Ausstieg der USA nun Makulatur?

In vielerlei Hinsicht funktioniert das Abkommen weiterhin, auch wenn momentan für beide Seiten die erhofften wirtschaftlichen Vorteile ausbleiben. Wir verschließen keineswegs die Augen vor der aggressiven Politik des Iran in der Region. Nur sind wir der Meinung, dass die »Politik des maximalen Drucks« nicht hilfreich ist, sondern nur den »maximalen Widerstand« des Iran hervorruft.

Die Hisbollah wird vom Iran finanziert. Sollte man sie nicht endlich EU-weit komplett verbieten?

Einige Mitgliedstaaten haben zusätzliche Maßnahmen gegen die Hisbollah getroffen. Ich sehe derzeit keine Einstimmigkeit darüber, dass die gesamte Organisation auf die EU-Liste der Terrororganisationen kommen soll. Dies kann sich allerdings ändern.

Ihnen wird manchmal von Regierungen vorgeworfen, sehr brachial zu argumentieren. Wie sehr trifft Sie das persönlich?

Ich sehe es als meine Aufgabe an, die Debatte zu beleben und der Sache dienlich zu sein. Dazu gehört, dass man Klartext redet – auch, wenn man damit manchmal aneckt. Diplomatie verträgt Kanten.

■ Mit dem luxemburgischen Außenminister sprach Michael Thaidigsmann.

Jüdisch, schwarz und engagiert

OTTAWA Die 47-jährige Annamie Paul ist neue Bundesvorsitzende der kanadischen Grünen

Die neue Vorsitzende der Grünen in Kanada, Annamie Paul, ist in ihrem Heimatland eine große Ausnahme: Als erste schwarze und zweite jüdische Person führt die 47-Jährige seit Anfang des Monats eine Partei auf Bundesebene.

Die Tochter karibischer Einwanderer ist sich der Symbolkraft ihrer Wahl bewusst. »Es bedeutet mir viel, und ich kann sehen, dass es auch der jüdischen Gemeinschaft viel bedeutet, dass wir endlich eine jüdische Frau in dieses Amt gewählt haben«, sagt sie. Kanada werde oft als gelungenes Beispiel für Integration gefeiert. Auf der Ebene der nationalen Politik sei dieses Idealbild bisher jedoch noch nicht verwirklicht worden.

Die Politikwissenschaftlerin Lori Turnbull von der Dalhousie University in Halifax begrüßt Pauls Sieg. »Wir leben im Jahr 2020, Repräsentation ist wichtig«, findet sie. Gleichzeitig gibt Turnbull zu bedenken, dass die Grünen mit drei Sitzen (von 338) die kleinste Kraft im Parlament sind. Religion spiele im kanadischen Wahlkampf

keine Rolle. Nur etwa ein Prozent der knapp 38 Millionen Kanadier ist jüdisch.

Nach Abschluss des Studiums in Ottawa, der kanadischen Hauptstadt, studierte Paul Jura in Princeton an der Ostküste der Vereinigten Staaten. Danach lebte die Menschenrechtsanwältin mit ihrer Familie über viele Jahre in Europa – zunächst sechs Jahre in Brüssel, danach sieben in Barcelona. Diese Erfahrung prägte ihr Weltbild.

»In Brüssel war ich zwar ungewöhnlich, aber nichts vollkommen Unbekanntes«, erinnert sie sich. Ihre beiden Kinder gingen in Brüssel und Barcelona in jüdische Kindergärten und Schulen. Beide Söhne sprechen mehrere Sprachen.

»Die Identität unserer Kinder wurde in Belgien und Spanien nie wirklich infrage gestellt, weil es in diesen Gemeinschaften einen hohen Anteil sefardischer Juden und Einwanderer aus Nordafrika gibt«, berichtet Paul.

Dass ihre Kinder als jüdisch anerkannt werden, war ihr wichtig. Sie wollte ihnen das doppelte Stigma einer anderen Haut-

farbe in Kombination mit einer »Mischehe« der Eltern ersparen. »Ich wollte, dass für sie ganz klar ist: »Ich bin schwarz, ich bin jüdisch – fertig!«

Als sie sich mit 19 in ihren Kommilitonen Mark Freeman verliebte, war schnell



Tochter karibischer Einwanderer: Annamie Paul

klar, dass sie zum Judentum übertreten würde, wenn die Beziehung hält. Paul und ihr Mann, der ebenfalls Menschenrechtsanwalt ist, sind seit 27 Jahren ein Paar.

An der Princeton University lernte die junge Frau einen konservativen Rabbiner der jüdischen Studentenvereinigung Hille kennen. »Ich habe bei ihm Unterricht genommen, danach kamen der Übertritt vor dem Beit Din und ein Bad in der Mikwe – das ganze Programm«, sagt Paul.

»Es hat sich sehr normal und natürlich angefühlt, die jüdische Religion anzunehmen«, sagt sie. Als Kind in Toronto hatte Annamie Paul viele jüdische Freunde und Nachbarn. »Als ich zwölf, 13 war, wurde ich jedes Wochenende zu Bar- und Batmitzwa-Partys eingeladen«, erinnert sie sich.

Obwohl sie ihr Judentum seit mehr als 20 Jahren offen und selbstbewusst lebt, kennt sie das Gefühl, als »anders« wahrgenommen zu werden. Viele Leute nehmen an, dass jemand, der so aussieht wie sie, Konvertitin ist. »In meinem Fall stimmt das ja auch«, sagt Paul. Aber für andere

müsse es doch ungemein frustrierend sein, immerzu nach ihrer Konversion gefragt zu werden – »obwohl es doch seit Anbeginn des Judentums schwarze Juden gibt«, so Paul. Gerade in Nordamerika, wo immer noch Juden askhenasischer Herkunft als Norm gelten, müsse aufgepasst werden, dass sich jemand, der diesem Bild nicht entspricht, nicht herabgewürdigt oder ausgegrenzt fühlt.

Seit ihrer Rückkehr nach Kanada ist die Familie dabei, sich in die jüdische Gemeinschaft in Toronto und die kanadische Gesellschaft zu reintegrieren. Nicht nur die Coronavirus-Pandemie, auch das Umdenken in Sachen Rassismus und Diskriminierung von Schwarzen in diesem Jahr prägt ihr neues Leben.

»Die jüdische Gemeinschaft hier möchte an der Seite schwarzer Kanadier stehen und die Partnerschaft zwischen Juden und Schwarzen wiederbeleben«, sagt Paul. »Wenn die Menschen mich als eine Brücke zwischen beiden sehen, finde ich das fantastisch!«

Jessica Donath